

Seitungspreis für Halle und Giebichenstein 2,50 Mark, nach die Post bezogen 3 Mark für den Vierteljahr. Die halbesche Seite kostet 10 Pfennig, die halbesche Seite 20 Pfennig. Druckerei: Druckerei des Verlags, Halle, Poststraße 1. Druckerei: Druckerei des Verlags, Halle, Poststraße 1.



Die Halle-Giebichenstein-Druckerei, Halle, Poststraße 1. Druckerei: Druckerei des Verlags, Halle, Poststraße 1. Druckerei: Druckerei des Verlags, Halle, Poststraße 1.

Juliuszeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Jr. 191. — Jahrg. 192. Halle a. S., Dienstag 25. April 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Leipziger Str. 87. Verlag: Halle a. S., Leipziger Str. 87.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat gestern Vormittag 10 Uhr von Eisenach aus in Richtung auf die Provinz Sachsen den Großherzog von Mecklenburg, den Prinzen Max und Karl von Baden, den preussischen General von Eisenacher und den kommandierenden General des 14. Armeekorps v. Mülow. In offener Wagen begaben sich die Teilnehmer durch die festlich geschmückten Straßen im Hofmarschallhof, um im 1. Hofmarschallhof Mittagessen zu nehmen. Gegen 3 Uhr Nachmittags begab sich der Kaiser in Begleitung des Großherzogs und des Prinzen Max, sowie des Hofmarschallhofes Grafen v. Arnim-Hoeborn nach Kallenberg zum Jagd.

Die Kaiserin ist gestern Nachmittag 4 Uhr von Weimern nach Berlin zurückgekehrt. Herzog Ernst Günther von Mecklenburg geleitete sie zum Bahnhof. Eine große Volksmenge drängte der Kaiserin beglückwünschende Grüße zu.

In Wien verkündet mit Bestimmtheit, daß Kaiser Wilhelm die Enthüllung des Denkmals für den Kaiser Maximilian II. am 21. Mai, nach Wien kommen werde. Prinz-Regent Ludwig von Bayern und der König von Rumänien werden zu dieser Feier angeblich gleichfalls erwartet.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, als Nachfolger Meines, ist der Geh. Oberfinanzrat Selner bereits ernannt worden. Dem Vorschlag nach beauftragt die Regierung, an die Spitze der seither von dem Unterstaatssekretär mitverwalteten Etats- und Kassen-Abteilung des Finanzministeriums einen besonderen Direktor zu stellen, für welchen Vorken der Wirkliche Geheimrat Oberfinanzrat Gräbke in Aussicht genommen sein soll.

Der Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte ist, wie wir hören, an Stelle des Disziplinarhofes D. Dr. v. G. in dem Disziplinarhof der Verwaltungsabteilung des königlichen Kultus-Ministeriums, Geheimrat Oberregierungsrath Dr. Förster beauftragt worden.

Personalnachrichten. Nach dem gestern Morgen ausgegebenen Bulletin hat die Prinzessin Adelgunde von Bayern eine bessere Nacht verbracht; auch die Nahrungsaufnahme verspricht eine bessere zu werden. Herr Graf v. Helldorf, wie der „Düsseldorfer Abendblatt“ erfährt, wieder in den Dienst des kaiserlich krieglichen Hofstaates eingetreten, dem er so lange Jahre als Direktor angehört hat. Die Nachricht, daß Major z. D. v. Kegenstein, der die Ausbildung der Truppen in Übung nach dem neuen System geleitet hat, von der kaiserlichen Hofgesellschaft in Berlin angezogen worden sei, wieder nach China zu kommen, um mit einer Anzahl deutscher Ingenieure die Ausbildung weiterer Truppen für den Generalgouverneur der Mandschurei, Sun Sun, zu übernehmen, wird dem entzogen.

Entgegen den dieser Tage durch die Presse angegangenen Mittheilungen will ein parlamentarischer Berichterstatter „von autoritativer Seite“ erfahren haben, daß das Gesetz zum Schutz Arbeitslosigkeit nächster Tage dem Bundesrat zugeht und jedenfalls noch zur Beratung im Reichstag gelangen soll.

Die Verlegung des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg von Potsdam nach Berlin soll, wie eine Berliner Lokalcorrespondenz wissen will, demnächst bevorstehen. Schon lange sei diese Maßnahme geplant, da der Oberpräsident zugleich auch der Präsident des Provinziallandtags ist und infolgedessen meistens in der Nähe in Berlin am Hof zu sein hat. Mit Rücksicht auf die Wünsche des Oberpräsidenten Dr. v. Achenbach, der gern in Potsdam wohnen bliebe, hatte man bisher von der Verlegung des Oberpräsidiums nach Berlin Abstand genommen. Herr v. Achenbach vollendet nun im November sein 70. Lebensjahr und dürfte dann voraussichtlich in den Ruhestand treten, so daß er für die Verlegung des Oberpräsidiums nach Berlin, die mit der Neubildung des Regierungsbereichs Charlottenburg notwendig wird, kein Hindernis bildet. Wie man hört, sind in Berlin für das Oberpräsidium bisher von dem Staatsminister benutzte Räume in der Wilhelmstraße, welche zum 1. October d. J. frei werden, in Aussicht genommen.

Der Staatsminister Graf von Posadowsky empfangt eine Deputation von Industriellen des Reichs unter Führung des Reg.-Raths Otto Schenk, Vorstandes der Waggonfabrik Danzig. Graf Posadowsky unterhält sich mit den Herren geruame Zeit über die industriellen Bedürfnisse des Reichs, namentlich über die Lage der ostpreussischen Industrie, über die Arbeiterfrage, über die Verhältnisse des Reichs und die deshalb angeordneten Germeasures, sowie über die Verhältnisse im Dien der Monarchie. Insbesondere wurde die Entwicklung von Danzig, Graubenz, Bromberg und Inowraz, sowie die Verhältnisse der ostpreussischen Industrie, dem Reg.-Rath Schenk übergeben. Die Deputierten sprachen dem Staatsminister auch die Bitte aus, daß bei wirtschaftlichen Engpässen der Verband der Industriellen des Reichs zugezogen werden möchte.

Bei dem vom Plenum des Bundesrathes an die zuständigen Ausschüsse zur Vorberatung übermittelten Nachtragsetz für Reichs-Einkommensteuer handelt es sich um eine Vertheilung der Einkommensteuer auf sechs Klassen der Unterbeamten.

Wie wir hören, soll im Nachtragsetz ein Betrag ausgenommen sein, um die Einkommensteuer auf deutschem Boden einer systematischen

Leitung zu unterwerfen. Die römische Alterthums-Erforschung in Deutschland wird von zahlreichen einzelnen Sachverständigen und lokalen Vereinen gefördert. Es wird sich deshalb nur darum handeln können, für die sehr erprießliche Vereinthätigkeit eine Art einheitlicher Leitung zu schaffen, welche das Material sammelt, sichtet und für die gemeinsame Alterthumsforschung wissenschaftlich nutzbar macht.

Nachdem das Gesetz über den Ankauf der Bernsteine des Meeresküstenraums des Reichs angenommen ist, wird der Staatsbetrieb der Bernstein-Erhebung am 1. Juli d. J. beginnen. Zum Leiter der dortigen staatlichen Verwaltung ist, wie wir hören, der h. Bergamt h. d. d. aus Saarbrücken in Aussicht genommen, der sich bereits zur näheren Information nach Kaiserslautern begeben hat.

Betreffs der Zulassung der Frauen zu den Prüfungen für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiter: Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. beschlossen, die Zulassung der Frauen zu den Prüfungen für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker in den reichsrechtlichen Vorlesungen entgegenstehenden Hindernisse dadurch zu beseitigen, daß die Zeit, in der sie zur Ausbildung in der Vorlesung, sowie das einjährige schulpflichtige schulpflichtige Schuljahr befristet ist. Der Vorstand des Bundesrathes beschloß demnach im „Centralblatt für das Deutsche Reich“ veröffentlicht werden.

Wie die „Post. Ztg.“ hört, hat die erste Vernehmung des Privatdozenten Dr. A. A. in seinem Disziplinarprozess am Samstag in Universitätsgebäude stattgefunden.

Gelegentlich der Beratung des Marineetat wurde des beabsichtigten Vorgehens Erwähnung gethan. Der Vertreter der Marineverwaltung äußerte sich hierbei dahin, die Entlassung des Vorgesetzten sei eine Disziplinarmaßregel gewesen. Dies war insofern, wie die „N. A. Z.“ schreibt, nicht zutreffend, als der genannte Arbeiter seine Entlassung auf seinen Wunsch erhalten hat, als gegen ihn wegen Vergehens gegen einen Vorgesetzten vorgegangen werden sollte.

Aus Peking wird gemeldet, daß deutsche Gesandte Baron Geyling habe dem Zingidi-Namen mitgeteilt, er beabsichtige bis zum Ablauf der Verhandlungen über die Peking-Hankow-Eisenbahn dort zu bleiben. Seine Gesundheit hat sich gebessert.

Keine Vertagung der Parlamente.

Regelmäßig, wenn in einer parlamentarischen Kampagne die gezeigerten Arbeiten noch nach dem weit im Rückstande sind, wird eine Vertagung des Reichstages statt des Schlußes der Session angesetzt, damit die Kommissionsarbeiten nicht unvollständig seien. So auch jetzt, wo nach Abmündung der Verhandlungen mit dem Reichstagesgesetz und Etat zu Stande gekommen sind und es allerdings eine weiten Erstreckung der Tagung bis in den Sommer hinein bedürfen würde, um das gesamte gezeigerte Material zu erledigen. Eine solche Lösung der Schwierigkeiten böte für viele Abgeordnete außerdem noch den Vorteil, daß die Freiheit und die parlamentarische Immunität fortwährend. Man überlegt dabei aber, wie offensichtlich ausgeführt wird, daß angesichts der immerwährenden konstitutionellen Gründe, welche für die Diskontinuität der Parlamentssessionen sprechen, Vertagung hat Schluß der Session nur in ganz besonderen Ausnahmefällen gerechtfertigt erscheint. Auch haben es der Reichstag, bzw. die von ihm gewählten Mitglieder in der Hand, an die Ergebnisse der früheren Kommissionsberatungen genau so in einer neuen Session anzuknüpfen, wie dies bei einer Vertagung der Fall sein würde. Man wird daher gut thun, im Reichstage die Eventualität einer Vertagung gänzlich außer Betracht zu lassen und die Arbeiten so einzurichten, daß der Rest der Session möglichst voll zur Erledigung der gezeigerten Arbeiten verwendet wird. Dazu gehört allerdings in erster Linie eine gewisse rednerische Selbstbeschränkung, wie sie im Abgeordnetenbunde der Reichsvertretung geübt werden. Aber bei dem nächsten Antrittsbewusstsein müßte diese Voraussetzung für eine erprießliche gezeigerte Arbeit sich doch noch erreichen lassen.

Nach gewandter sind die Gründe, welche gegen die gleichfalls in Anregung gebrachte Vertagung des Abgeordnetenbundes sprechen. Die Ausführungsorgane zum Bürgerlichen Gesetzbuch dürften allerdings noch geraume Zeit in Anspruch nehmen und daher zu ihrer Erledigung eine Erstreckung der Session bis in den Sommer erforderlich sein. Allein Sessionen des Landtages sind in den Juli hinein fast keineswegs allzu selten. In dem letzten Gesetzgebungsabschnitte haben u. a. Sessionen von 1895 und 1897 so lange gedauert, und selbst wenn der Landtag im Herbst begonnen würde, haben wiederholt die Tagungen bis zum Juli gedauert. Die laufende Tagung aber hat nicht nur mit dem letzten, verfassungsmäßig zulässigen Termin begonnen, sondern es ist im

Interesse der Sicherheit der Rechtspflege auch geradezu unerlässlich, daß die Ausführungsorgane zum Bürgerlichen Gesetzbuch zeitig genug verabschiedet werden, um den Richtern und Rechtsanwältinnen die nöthige Zeit zu gewähren, sich vor dem Inkrafttreten in die eingearbeitet. Das Moment der Sicherheit der Rechtspflege wiegt so schwer, daß dagegen die Gründe für eine Vertagung der Session zurücktreten müssen. Der Schluß der Tagung hängt daher allein von dem Tempo ab, in welchem die Beratungen der Ausführungsorgane zum Bürgerlichen Gesetzbuch fortfahren.

Parlamentarische.

Am Abgeordnetenbunde sollen in nächster Zeit die Sitzungstage und Sitzungsfreien Tage mit einander abzumachen, um den Kommissionen die Möglichkeit zu verschaffen, das Material schneller für das Plenum herbeizuführen zu gestalten. Augenblicklich ist der Stoff für das Plenum so aufgeschichtet, daß er nur für zwei Sitzungen ausreicht. Aus dieser parlamentarischen Verhältnisse resultiert die für die Staatsregierung die Verpflichtung, die vollständigen Vorlagen, wie den Gesetzentwurf betreffend die Reform des Kommunalwahlrechts, die sog. Secundärbauvorlage, gezeigert abzugeben und den Landtage zugehen zu lassen. Das Herrenhaus hält seine nächste Sitzung am 9. Mai ab. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht der Bericht über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten. Es sind in dieser Periode vorläufig vier Sitzungen in Aussicht genommen.

Bei der am 20. April im Wallersee-Waldsee bei Pöchlarn abgehaltenen Versammlung wurden nach am 1. März die 12666 Stimmen abgegeben. Von diesen Stimmen: Schöberger, W. A. v. Langsdorf (nat. lib.) 5908 St., Rittergutsherr, W. A. v. Langsdorf (Welle) 5126 St., Landrat v. Pöchlarn (nat. lib.) 1248 St. Zwischen den beiden ersten Kandidaten findet Stichwahl statt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. 61. Sitzung am 24. April, 11 Uhr.

Am Ministerliche: Schmidt, Preuß. Die Antwort, betr. Ausführungsorgane zum Bundesgesetz, Ausführungsorgane zur Grundbuchordnung und Landesgesetzliche Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwältinnen und der Rechtsanwälte werden ohne Debatte der bereits bestehenden Ausschüssen demnächst vorgelegt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung.

Abg. Kranke (nl.) spricht sich Bedauern darüber aus, daß die Regierung die Abfertigung dieser Vorlage, die einer eingehenden Beratung bedürftig, einzubringen, nicht längere Zeit vorher bekanntgeben habe. Am Anwaltsstande, der die nächste Prüfung mit dem rechtsanwältigen Publikum hat, ist die Meinung überwiegend, daß die vorhandenen Mängel durch die Vorlage nicht beseitigt werden. Verständlich der Schaffung von Amtsgerichten für die Vororts-Gemeinden, welche die Vorlage nicht abtunlich gegenüber. Anders sieht die Sache aber bezüglich der Landesgerichte. Diese Landesgerichte entstehen, wenn auch vielleicht dem Wortlaut, so doch nicht dem Sinne der bestehenden Gesetzgebung. Der Gerichtsstand wird durch die politische Grenze bestimmt. Länder sind aber nach der Vorlage in sechs Amts- und drei Landesgerichte zerfallen. Man müßte nicht nur die Landesgerichte ändern, um eine solche Umgestaltung herbeizuführen. Politische Gründe für eine solche Aenderung sind überhaupt nicht vorhanden. Die Rechtspflege in Berlin ist durchaus keine schlechtere als anderwärts. Berlin bildet ein einheitliches Rechtsgebiet. Das Realvermögen kann gar nicht abgetrennt werden; es muß einheitlich bleiben, wenn es seine Bedeutung nicht verlieren soll. Schon jetzt bestehen erhebliche Bedenken darüber, daß bösartige Schuldner sich ihren Verpflichtungen entziehen durch Verziehen von einem Bezirk in den anderen. Es wird gefordert, daß die Anwälte an den drei Landesgerichten gleichzeitige Zulassen werden könnten, das hängt doch vom Kammergericht ab. Mit diesem Gesichtspunkte aus hätte die Vorlage zu prüfen; der Kommission sollten aber nicht bloß Juristen angehören.

Abg. Borck (nl.) empfiehlt die Verminderung der Vorlage an die veränderte Zustimmungs- und schließt sich dem in allen Ausprägungen des Vorwortes an.

Abg. Seliger (fr. P.) hält es auch für bedenklich, ohne Aenderung des Gerichtsstands für Berlin und die Vororte eine Aenderung des Begriffs des Wohnortes vorzunehmen. Die Vororte der Polizeiverwaltung, deren Wohnort Berlin in die Vororte eingerechnet, sollte geradezu ausdrücklich werden. Zitiert es nicht selbst, daß ein Brief nach den Berliner Vororten, der am Schalter abgegeben wird, 20 Wg. kostet, nicht er aber in den Vororten gewohnt, so kostet er nur 10 Wg? Wird die Vorlage Gesetz, so wird man nicht mehr bloß fragen müssen, ob ein Schuldner oder Verfallener in Charlottenburg oder Charlottenburg wohnt, sondern es wird auch noch untersucht werden müssen, ob er nicht vielleicht in einem Berliner Bezirk wohnt, der nach der Memoranden zum Charlottenburg gehört. Ein bösartiger Schuldner braucht jetzt nicht einmal nach außerhalb Berlins zu ziehen, sondern braucht nur von dem einen Straße in die andere zu gehen, um seinen Gerichtsstand zu verändern. Die Schwierigkeiten der Rechtspflege werden in Zukunft noch größer werden als bisher.

Abg. Wark (l.): Der Entwurf ist lediglich aus dem Bestreben

378

379

Galische Nachrichten.

Stadtrathes-Berufung. In der gestrigen öffentlichen Sitzung wurde der Verkauf von Sand an die Gallesch-Steinwerke...

Der Coghlan'sche Zwischenfall.

Die 'Kriegsgeschichte', die der amerikanische Kapitän Coghlan beim Meine zum Besten gegeben und die dann aufschneidend wider seinen Willen vom 'Neut. Zur.' in bekannter Tendenz verbreitet wurden...

Provinz Sachsen und Umgebung.

Jessen, 23. April. (Kufflinger Zeitung einer Kindesleiche.) Spieletier mit Streichbleiern...

Magdeburg, 24. April. (M. m. e. m. a. n. d. e. m. a. l.) Dem Wittenberg am 23. April...

Magdeburg, 24. April. (Keine Auerbahnjagd.) Wie schon kurz bemerkt, hat der Kaiser gestern Abend die Wartburg wieder verlassen...

Telegramme.

Berlin, 25. April. Heute Vormittag 9 Uhr 45 Minuten teilt auf dem Berliner Bahnhof eine Ersatz-Staffeltruppe für Ersatzpionier ein...

Berlin, 25. April. Der Deutsche Männerchor meldet der 'National-Zeitung' aus Kassel...

Narraganset, 25. April. 600 Hafenarbeiter sind heute in den Auslands getreten.

Aus Nah und Fern.

Unter deutscher Flagge. Boomsman telegraphisches Bureau veröffentlicht ein Privattelegramm aus Shanghai...

Große Feuersbrunst. In Madiau bei Hertenbeil mahlte bei Sturm eine Feuersbrunst. Es brennen 17 Wohnhäuser...

Königliches Gericht. Aus Madrid wird gemeldet: Die an der Barriere Wäde verbreitet gewesenen Gerichte...

Vom 'Komoran'. Nach einem Telegramm der 'Daily Mail' aus Siam ist der russische Kreuzer 'Komoran' bedrängt worden...

Wie über einen grauenhaften Akt der Lynchjustiz aus Nevada in Georgia gemeldet wird...

Zwei Personen in der Nothwehr erschossen. Am Freitag wurden auf der Feldmark von St. Lorenz in der Nähe der Badersee...

Wissenschaft, Kunst und Theater.

Berlin, 24. April. Heute Abend fand hier im Kaiserlichen Theater eine öffentliche Aufführung...

Kiel, 24. April. Prof. Anton Stroth emigriert aus seiner 80. Geburtsstunde eine überaus große Zahl Freunde...

Geneve, 24. April. Heute Vormittag eröffnete der Herzog von Genava die dritte internationale Kunstausstellung...

Personalnachrichten.

Es wurde verlesen der Tod des D. Wilhelm Sartorius zu Krellen im Kreis Sangerhausen...

Es wurde verlesen der Tod des D. Wilhelm Sartorius zu Krellen im Kreis Sangerhausen...

verworgangen, die unzufällige Gelehrte des Landgerichtes und Amtsgerichts Berlin I...

Justizminister Schöndorf: Der Entwurf beruht ganz ausschließlich auf soliden Erwägungen, und ich hoffe, die Herren in der Kommission zu überzeugen...

Ausland.

Frankreich.

Die Dreyfusaffäre. Der 'Figaro' veröffentlicht jetzt, wie geteilt schon theilweise mitgeteilt, die Aussagen des Journalisten Strong...

Siam.

Es wird täglich klarer, dass die siamische Regierung mehr reaktiv als aktiv ist...

Ein kaiserlicher Erzkreis des Neuenamens an, 400,000 Tausch zur Bekämpfung des Materials für die Arbeiten an Gelben Fluss...

